



Belarus rückt näher an Russland

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

November 2021

Zusammenfassung

Am 4. November 2021 unterzeichneten der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Kollege Alexander Lukaschenko 28 Integrationsprogramme im Rahmen des 1999 gegründeten und bisher eher nur auf dem Papier stehenden Unionsstaats Russland-Belarus. Sie beinhalten die Einführung moderner Technologien und Entscheidungsmethoden. Zudem wurde eine neue Militärdoktrin unterschrieben. Putin will offensichtlich vor seiner neuen Präsidentschaftskandidatur 2024 durch die Realisierung des Unionsstaats nationale Begeisterung bei seiner Wählerschaft auslösen.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am russischen Nationalfeiertag „Tag der Einheit des Volkes“, dem 4. November, unterzeichneten in diesem Jahr der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko in einer Online-Sitzung des Obersten Staatsrats des Unionsstaats Russland-Belarus 28 Integrationsprogramme.¹ Ferner wurde die Militärdoktrin und das Konzept der Migrationspolitik des Unionsstaats verabschiedet. Putin unterschrieb in der Hauptstadt der Krim, in Simferopol, und Lukaschenko in der belarussischen Hauptstadt Minsk.² Lukaschenko, der bisher die Annexion der Krim durch Russland nicht anerkannt hatte, kritisierte Putin, dass er ihn zur Unterzeichnung nicht auch nach Simferopol eingeladen habe. Die belarussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die bei der Präsidentenwahl im August 2020 anstelle ihres aus politischen Gründen inhaftierten Mannes Sergej Tichanowskij kandidiert hatte und nur durch mutmaßliche massive Wahlfälschung Lukaschenko unterlegen war, sprach ihm die Berechtigung ab, die neuen Vereinbarungen zu unterzeichnen.³ Der am 8. Dezember 1999 in Moskau gegründete Unionsstaat ist bisher kaum Realität geworden.⁴

Folgende Integrationsprogramme wurden vereinbart⁵:

1. Konvergenz der makroökonomischen Politik, vor allem durch die Harmonisierung der Rechtsvorschriften;
2. Harmonisierung der Geldpolitik (Es gibt immer noch keine gemeinsame Währung, obwohl sie laut Vertrag geschaffen werden sollte, weil man sich nicht auf den Sitz des Emissionszentrums einigen konnte, denn Russland will Moskau, Belarus Minsk);
3. Harmonisierung der Devisenregulierung;
4. Harmonisierung der Anforderungen im Bereich der Informationssicherheit im Finanzsektor;
5. Harmonisierung der Vorschriften für Kredit- und Nicht-Kreditfinanzinstitute;
6. Harmonisierung der Anforderungen im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Finanztourismus;
7. Integration von Zahlungssystemen im Bereich nationaler Zahlungskartensysteme;
8. Harmonisierung der Anforderungen im Bereich des Schutzes der Rechte von Nutzern von Finanzdienstleistungen und Investoren;
9. Integration von Informationssystemen staatlicher Aufsichtsbehörden zur Rückverfolgbarkeit von Waren;
10. Integration von Informationssystemen zur Produktkennzeichnung;
11. Harmonisierung des Steuer- und Zollrechts sowie Zusammenarbeit im Zollbereich;

¹ [Участие в заседании Высшего государственного совета Союзного государства | Официальный интернет-портал Президента Республики Беларусь \(president.gov.by\)](#)

² [Заседание Высшего Госсовета Союзного государства • Президент России \(kremlin.ru\)](#)

³ [\(20\) Sviatlana Tsikhanouskaya auf Twitter: "Belarusians don't know the content of the integration roadmaps discussed between Moscow & Minsk. In 2020 our people denied authorization for Lukashenka to sign anything on their behalf. In new Belarus, all documents & agreements signed by the illegitimate regime will be revised. https://t.co/pNogZyYs0z" / Twitter](#)

⁴ Vgl. dazu meine Kolumne vom August 2020: https://www.ispsw.com/wp-content/uploads/2020/08/715_Schneider.pdf

⁵ <http://government.ru/news/43234/>



12. Integration von Informationssystemen der staatlichen Aufsichtsbehörden bezüglich der Veterinär- und Quarantäne-Pflanzengesundheitskontrolle;
13. Integration von Informationssystemen der Verkehrskontrolle der staatlichen Regulierungsbehörden;
14. Vereinheitlichung der Regulierung des Verkehrsmarktes (Luftverkehr, Eisenbahnverkehr, Wassertransport, Straßenverkehr, Straßenanlagen);
15. Bildung eines einheitlichen Gasmarktes;
16. Bildung vereinter Märkte für Öl und Ölprodukte;
17. Bildung eines einheitlichen Strommarktes;
18. Entwicklung der Kernenergie;
19. Bildung einer einheitlichen Agrarpolitik;
20. Bildung einer einheitlichen Industriepolitik;
21. Einführung einheitlicher Regeln für den Zugang zu staatlichen Aufträgen und staatlichen Käufen;
22. Einheitliche Vorschriften im Bereich Verbraucherschutz;
23. Einheitliche Wettbewerbsregeln;
24. Vereinheitlichung der Anforderungen an die Organisation und Durchführung von Handelsaktivitäten;
25. Bildung einheitlicher Grundsätze für das Funktionieren eines Binnenmarktes für Kommunikation und Informatisierung;
26. Vereinheitlichung der Rechnungslegungsvorschriften und Erstellung von Rechnungsabschlüssen;
27. Vereinheitlichung der Gesetzgebung im Bereich der Tourismusaktivitäten;
28. Durchführung einer koordinierten Politik im Sozial- und Arbeitsbereich.

Die neue Militärdoktrin des Unionsstaats wurde nicht veröffentlicht, sondern es wurde nur mitgeteilt, dass sie unterschrieben worden sei.

Die *Nowaja gaseta* („Neue Zeitung“), deren Chefredakteur Dmitrij Muratow in diesem Jahr den Friedensnobelpreis erhalten hat, meinte am 8. November zu den unterzeichneten Vereinbarungen, dass das zweifellos eine Nachricht für Nachrichtenagenturen sei, aber kaum ein Thema zum Nachdenken. „Wir diskutierten schon seit drei Jahren darüber, während Minsk und Moskau fleißig die große Politik imitierten.“⁶

Der Chefredakteur des einzigen bislang überlebenden kremlkritischen Rundfunksenders „Echo Moskwy“, Alexej Wenediktow, meinte zu den neuen Vereinbarungen am 6. November, dass Putin das Projekt Unionsstaat bis zu den Präsidentschaftswahlen 2024, zu denen er erneute kandidieren werde, realisieren werde.⁷ Der Kreml habe vor, den Krimerfolg zu wiederholen, aber jetzt in anderer Form. Vor der Verlängerung der Amtszeit von Putin brauche man Begeisterung in der Bevölkerung. Eine Union mit Belarus könnte solche Begeisterung erzeugen.

⁶ <https://novayagazeta.ru/articles/2021/11/05/garmonizatsiia-s-unifikatsiei>

⁷ <https://echo.msk.ru/programs/observation/2931302-echo/>



Lukaschenko erklärte, dass er die Souveränität von Belarus im Rahmen des Unionsstaats bewahren wolle. Er sprach sich gegen die Bildung neuer supranationaler Gremien aus und schlug vor, die Union ausschließlich im Rahmen einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit zu betrachten.⁸

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



⁸ https://lenta.ru/brief/2021/11/04/souyznoe_gosudarstvo/